dungsfeldzug gegen die Kommunistischen Partei und die Sowjetunion, der seinesgleichen sucht, die moderne Ausrüstung einer Armee gegen die eigene Arbeiterschaft und gegen das Land der russischen Arbeiter und Bauern zu propagieren. Die gefälschten Spitzelbriefe der Münchner Post über die Zustände in der Kommunistischen Partei, der Abdruck eines Rundschreibens der entschiedenen Linken im Hamburger Echo, in der die unsinnigsten Verleumdungen gegen die Kommunistische Partei und ihrer Führer erhoben werden, zeigen, daß diesen Herrschaften jedes Mittel recht ist, wenn es gilt, den Verleumdungsfeldzug gegen die Kommunistische Partei zu führen.

Die Arbeiterschaft muß die politische Linie, die in dieser Hetzkampagne liegt, mit aller Klarheit erkennen und die Konsequenzen daraus ziehen. Sie werden anders aussehen, als es sich die Regisseure der neuesten Hetzkampagne gedacht haben. Die Arbeiterschaft wird trotz dieser Manöver auf dem eingeschlagenen Weg der Stärkung der roten Klassenfront unter der Führung der Kommunistischen Partei in allen wirtschaftlichen und politischen Kämpfen der nächsten Monate fortschreiten und wird dabei über die sozialdemokratischen Saboteure der Bildung dieser Kampffront hinweggehen.

Vorwärts-Propaganda für die Stille Koalition

Auf einen Artikel der Germania zur Regierungskrise, in dem eine Minderheitsregierung empfohlen wird, die „entschlossen ist, ihre Mehrheit nur nach der einen Seite hin zu suchen", antwortet am Mittwoch früh der Vorwärts mit einem unverhüllten Bekenntnis zur „Stillen Koalition". Er schreibt:

„Was die Germania in diplomatisch-vorsichtiger Form vorschlägt, läuft im Grunde genommen auf die Erneuerung des Abkommens hinaus, das vor einigen Wochen zwischen der Regierung und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beschlossen worden war. Dieses Abkommen ist bekanntlich nie in Kraft getreten, weil die Volkspartei ihm die Anerkennung verweigerte. In einem Punkte kann man der Germania unbedingt zustimmen: die Mitte kann bei den bevorstehenden Verhandlungen über die Regierungsbildung nur dann gemeinsam als Verhandlungspartner auftreten, wenn in ihr selbst über Ziel und Weg Uebereinstimmung herrscht."

Das ist alles, was der Vorwärts dazu schreibt. Nicht einmal die Forderung der Beseitigung von Külz und Geßler wird mehr ausgesprochen. Die SPD.-Reichstagsfraktion, die unter dem Druck der rebellierenden Mitgliedermassen den schamlosen Pakt der Stillen Koalition vorübergehend lösen mußte, tut, als sei nichts geschehen, aber die Arbeiteropposition in der SPD, die in zahlreichen Resolutionen der Gewerkschaften und Betrieben im ganzen Reich die Koalitionspolitik der SPD abgelehnt hat, wird den Kulissenschiebern der Müller und Konsorten das Handwerk legen. Die Arbeiterschaft will keine neue Koalition. Sie verlangt Schluß mit dem parlamentarischen Kuhhandel, Auflösung des Reichstags und die Organisierung eines außerparlamentarischen Kampfes für die Forderungen der Werktätigen und die Errichtung einer Arbeiter- und Bauernregierung.

Der Schiedsspruch in der Textilindustrie angenommen

Am vergangenen Dienstag hat eine Konferenz der Funktionäre des Textilarbeiterverbandes, die im Volkshaus in Dresden tagte, den Schandschiedsspruch für die Textilarbeiter, der eine 6prozentige Lohnerhöhung vorsieht, angenommen.

Es gelang den Reformisten des Textilarbeiterverbandes, nach einem Referat des berüchtigten Sozialfaschisten Winkler die Annahme des Schiedsspruches durchzusetzen. Das war, wie aus einer mit Mehrheit angenommenen Resolution hervorgeht, nur nach einer unerhörten Kommunistenhetze möglich.

Obwohl selbst die Textilarbeiterzeitung das Ergebnis des Schiedsspruches als **„in keiner Weise befriedend"** erklärte, stimmten die sächsischen Gewerkschaftsführer des Textilarbeiterverbandes diesem Schiedsspruch zu. Aufgabe der Textilarbeiter muß es jetzt sein, durch eine Urabstimmung diesen Schiedsspruch und den Beschluß der Funktionäre in Dresden unwirksam zu machen. An den Textilarbeitern liegt es jetzt, alle Kräfte zu mobilisieren, damit der Schiedsspruch abgelehnt und die Aufnahme des Kampfes für die von der Organisation aufgestellte 15prozentige Lohnforderung durchgeführt wird.

Das Echo des Werktätigenkongresses

Berlin, 23. Dezember. (Eig. Drahtbericht.)

Eine Vorversammlung der Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre der Groß- und Mittelbetriebe von Tempelhof-Mariendorf, in der u. a. die Betriebe Daymler, Lorenz, Werner, Sarotti und Gemeindebetriebe vertreten waren, nahm einen Beschluß an, in dem es heißt, daß angesichts der furchtbaren Auswirkungen der Rationalisierung, der ungeheuren und stetig wachsenden Arbeitslosigkeit, der bevorstehenden Verelendung breitester Schichten der Bevölkerung, sowie der rigorosen politischen Knebelung durch eine Regierung des Großkapitals die Zusammenfassung aller Kräfte des Proletariats erforderlich ist. Die Versammlung begrüßt daher die Beschlüsse des Kongresses der Werktätigen und die Betriebsräte gelobten, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln die Bildung einer Koalitionsregierung zu verhindern. Sie verpflichten sich, Betriebsversammlungen einzuberufen, die zu den Beschlüssen des Kongresses der Werktätigen Stellung nehmen und sie zur Durchführung zu bringen. Zu diesem Zweck wird beschlossen, die Wahl eines Betriebsrätekomitees vorzunehmen, das die Organisierung der Berichterstattung und die Zusammenfassung aller Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre vornehmen soll. Ferner delegiert die Versammlung einen Vertreter in das Komitee der Werktätigen und fordert die gesamte Berliner Arbeiterschaft auf, in allen Verwaltungsbezirken die gleichen Maßnahmen zu treffen.

*

Der Landesausschuß der Werktätigen Mitteldeutschlands erläßt einen Aufruf an das werktätige Volk Mitteldeutschlands zur Mobilisierung der Kampffront für den Achtstundentag, insbesondere im mitteldeutschen Bergbau, wo der Tarif im Januar abläuft, für die im Kampfe stehenden Weißenfelser Schuharbeiter. Der Aufruf wendet sich weiter gegen die nach wie vor bestehende Gefahr der Großen Koalition und tritt für die Auflösung des Reichstages und die Organisierung des außerparlamentarischen Kampfes für die Arbeiter- und Bauernregierung ein. Der Aufruf schließt mit der Aufforderung zur Gründung von Ortskomitees der Werktätigen, die im ständigen Zusammenhang mit dem Landesausschuß überall die Kämpfe auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet nach Kräften zu unterstützen haben.

Auch die Gewerkschaftsfunktionäre der großen Leipziger Straßenbahn und die Bauarbeiter des städtischen Gaswerks 2 in Leipzig, ferner die Bauarbeiter auf dem Böhlener Werk (ebenfalls in Leipzig), sowie die Erwerbslosen von Borna nahmen einstimmig die Beschlüsse für die Forderungen des KdW an.

Das Urteil von Germersheim

Das Urteil des französischen Kriegsgerichts in Germersheim hat in der gesamten deutschen Presse, der bürgerlichen ebenso wie in der sozialdemokratischen, wieder alle nationalistischen Instinkte mobilisiert. Vom Vorwärts bis zum Hitlerorgan geht der berühmte „Schrei" durch die Spalten der Zeitungen aller Fraktionen der deutschen Bourgeoisie. Wir unterstreichen, daß das französische Kriegsgericht wie jedes imperialistische Kriegsgericht, die Opfer des Imperialismus zu schweren Strafen und den Täter, den Offizier der französischen imperialistischen Armee, freigesprochen hat. Daß es damit ein blindes Klassenurteil gefällt hat, gegen das wir ebenso wie unsere französische Bruderpartei, leidenschaftlichen Protest erheben. Es ist aber heute ebenso notwendig, die ganze Heuchelei und Nichtswürdigkeit der nationalistischen Presse Deutschlands festzuhalten, wie die imperialistische Justiz der französischen Besatzungsarmee. Das Echo der imperialistischen französischen Justiz in den deutschen Schandblättern beweist am besten, wie traurig es mit der „Befriedung" in den glorreichen Völkerbundszeiten steht und wie sehr in Deutschland alle imperialistischen Instinkte durch das Erstarken des neuen deutschen Imperialismus wieder großgepäppelt sind. Daß dazu die verbrecherische Räuberpolitik der herrschenden Klasse Frankreichs ihren Teil der Schuld trifft, muß unterstrichen werden. Es zeigt sich blitzartig beleuchtet hinter den Kulissen der Völkerbundsfreundschaft, die sorgfältig behütete nationalistische Rüstung der Sieger und die sorgfältig wieder großgezogene nationalistische Revanchestimmung der Besiegten. Man lese z. B. die Haß-Orgien der Deutschnationalen, aber nicht nur der Deutschnationalen, sondern auch der übrigen bürgerlichen und auch der SPD-Presse:

„Peitschenschläge, Kolbenstöße, französische Revolver und Bajonette im Zeitalter des Friedensvertrages von Versailles schänden Tag für Tag lebendes Deutschtum. Die Trümmer der pfälzischen Burgen von Frankreichs Mordbrennern hinterlassen, bleiben die stummen Zeugen... Blut fordert Blut, das ist die Lehre der Pfalz und die Lehre von Germersheim."
(Deutsche Zeitung)

Oder:

„Hier ist wieder der blutige Hohn, den die französischen Herren am Rhein für deutsche Gefühle empfinden ... Der französische Sadismus tobt sich ungestraft auf Kosten deutscher Bürger aus. Wir werden das Urteil von Landau nicht vergessen."
(Deutsche Tageszeitung)

„Jedes Wort über die französische Schande, die dieses Schmachurteil erneut belegt, wäre zuviel. Wir Deutschen schreiben es auf das riesengroße Blutkonto, daß einmal nach dem ewigen Gesetz von Schuld und Sühne ausgeglichen werden muß ... Wer die niedrige und sadistische Rachegesinnung der Franzosen kennt, hat kein anderes Urteil erwartet."
(Deutsches Tageblatt)

Die Tägliche Rundschau, das Blatt Stresemanns, windet sich in Krämpfen um gleichzeitig ihrer nationalistischen Aufwallung und der außenpolitischen Linie ihres Außenministers gerecht zu werden. Sie schreibt, „eine schlimmere Sabotage der Politik Briands konnte wohl nicht erdacht werden... Wer einen Begriff von Gerechtigkeit nach deutscher Auffassung hat, der wird das Urteil im Prozeß Rouzier kaum fassen können."

Und der Vorwärts schreibt:

„Das abscheuliche an dem Urteil ist, daß nicht nur Rouzier freigesprochen wurde, obwohl er ein Menschenleben auf dem Gewissen hat, sondern die Deutschen (!) ... verurteilt wurden."

Wie man sieht, hier äußert sich mit einem Male wieder die Front des 4. August! Die ganze Meute, die 4 Jahre lang die Praxis der deutschen Kriegsgerichte, die um nichts besser waren wie die französischen heute, verherrlichte, sie ist wieder da, weil das Germersheimer Urteil auch ein Schlag gegen die neuen deutschen imperialistischen Bestrebungen ist. Der Vorwärts entrüstet sich, daß „Deutsche" verurteilt wurden. Die bürgerlichen Blätter, insbesondere die Fememordpresse, toben in ihrer Hetze, nachdem sie vor wenigen Wochen noch den Freispruch der Fememörder mit ebensolcher Art verteidigt haben, wie sie in diesem Freispruch, der aus ähnlichen Motiven des Klassengerichts entspringt, jetzt anprangern. Der Vorwärts und die bürgerliche Pressemeute haben zu den Exzessen der deutschen Klassenjustiz der letzten Jahre, wo deutsche Arbeiter von deutschen Richtern mit dem schlimmsten Sadismus verurteilt wurden, geschwiegen oder haben noch, was noch öfter geschehen ist, die deutsche Blutjustiz verherrlicht. Wahrlich, „wer einen Begriff von Gerechtigkeit nach deutscher Auffassung hat", der wird gerade dieses Urteil nur zu gut begreifen.

Wir sprechen der Imperialistenbande und ihren Lakaien das Recht ab, im Namen des deutschen Volkes zu protestieren. Die große Mehrheit des werktätigen Volkes in Deutschland wird von den deutschen Klassenrichtern ganz ebenso behandelt, wie die Opfer der französischen Klassenjustiz im besetzten Gebiet.

Dagegen muß Germersheim den Anlaß geben, daß die Arbeiterklasse noch schärfer als bisher den ganzen Ernst der drohenden imperialistischen Aufrüstung, deren ideologische Wurzeln und das Funktionieren des Machtapparats ihre Aufmerksamkeit zuwendet.

Die Arbeiterklasse muß weiter noch energischer als bisher die sofortige Räumung des besetzten Gebiets fordern. Die Kommunistische Partei hat seit dem Bestehen des Versailler Vertrages aufs schärfste gegen die Besetzung durch imperialistische Truppen gegen den Bruch des Selbstbestimmungsrechts protestiert. Und heute wieder, wo sie den Imperialisten das Recht abspricht, im Namen der Unterdrückten zu protestieren, erhebt sie leidenschaftlich die Forderung auf das Selbstbestimmungsrecht, fordert sie, da es klar ist, daß niemand in den besetzten Gebieten, französische imperialistische Besatzungstruppen wünscht, die sofortige Räumung der deutschsprachigen Gebietsteile von den imperialistischen Truppen. Sie wird gleichzeitig verhindern, daß die deutschen nationalistischen Ausbeuter die berechtigte Empörung der unterdrückten Bevölkerung um dieses neueste Schandurteil dazu benützen, um damit ihr Geschäft zu betreiben und vor allem zu verhindern, daß neuer Haß und neues Gift zwischen deutschen und französischen Arbeitern von ihren Ausbeutern gesät wird, die doch immer einig waren, wenn es galt die revolutionäre Bewegung zu treffen.

Verschärfung der französisch-italienischen Spannung

Paris, 22. Dezember. (Telunion.)

Nach einer Meldung der rechtsstehenden Liberté haben die Franzosen an der italienischen Grenze zwischen Nizza und Grenoble bisher über 200000 Mann zusammengezogen, die kriegsmäßig mit schwerer Artillerie, Tanks, Bombenflugzeugen usw. ausgerüstet sind. Das Blatt macht für die hierdurch entstandenen Unkosten die Linksparteien verantwortlich, die durch ihre haßerfüllten Polemiken gegen den Faschismus und Mussolini diese Vorsichtsmaßnahmen herausgefordert haben.

*

Die französisch-italienischen Spannungen verschärfen sich in außerordentlichem Maße. Ein neuer Krieg ist in den Bereich der Möglichkeiten gerückt, und schon versucht die nationalistische Presse dies Kriegstreiben der imperialistischen Drahtzieher durch Hetze gegen die Arbeiter und im besonderen gegen die Kommunisten zu verschleiern.

Vom Tage

49 Personen im Schwarzen Meer ertrunken. Im Schwarzen Meer wütet zurzeit ein wilder Sturm, dem bereits zahlreiche kleine Fahrzeuge zum Opfer gefallen sind. Der Passagierdampfer Kaukasus hat Schiffbruch erlitten. Nur 11 von 50 Personen konnten gerettet werden.

30 Personen ertrunken. Wie aus Moskau gemeldet wird, sind bei einer Ueberschwemmung bei Taschkent 30 Personen ertrunken.

Vom Fahrstuhl zerquetscht. In einer Chemnitzer Fabrik wurde einem Lehrling, der bei einer Fahrt mit dem Fahrstuhl das Schutzgitter fahrlässig entfernte, der Kopf zerquetscht.

Was denkt der Arbeiter, Angestellte und Beamte über die kapitalistische Rationalisierung?

Die Arbeiterkorrespondenten unseres Berliner Bruderorgans „Die Rote Fahne", haben in ihren allwöchentlich tagenden Arbeiterkorrespondentenzirkeln beschlossen, mit bestimmten Fragen an Angehörige der verschiedensten Bevölkerungsschichten heranzutreten und diese zur Beantwortung der gestellten Fragen aufzufordern. Diese Antworten sind dann in der kommunistischen Presse ausgewertet worden. Nachstehend bringen wir einige Antworten auf obige Frage, um zu zeigen, wie leicht man eine gute Arbeiterkorrespondenz schreiben kann und um gleichzeitig unsere Leser aufzufordern, um auch ihrerseits ihre Meinung über bestimmte Fragen an uns zu schreiben. Zur Beantwortung schlagen wir unseren Lesern folgende Fragen vor:

1. **Wie denken die Arbeiter, Angestellten und Beamten über eine Herabsetzung der Arbeitszeit?**
2. **Wie denken sie über Erhöhung der Löhne und Gehälter in Verbindung mit Herabsetzung der Arbeitszeit?**
3. **Mit welchen Mitteln gedenken die Arbeiter, Angestellten und Beamten die Herabsetzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne bzw. Gehälter durchzusetzen?**
4. **Glauben die Werktätigen, durch den Kampf um Herabsetzung der Arbeitszeit die Gefahr eines Streikbruchs durch das Riesenheer der Erwerbslosen beseitigen zu können?**
5. **In welcher Weise kann die werktätige Bevölkerung den Kampf gegen eine Mietpreiserhöhung führen?**

Die Redaktion.

Ein Arbeiter

Am Zahltag merkte ich, daß mir der Akkord um 20 Prozent gekürzt worden war. Danach wurde ich beim Betriebsleiter vorstellig. Dieser erklärte mir: „Ja, Leute, wir müssen billiger arbeiten, wir müssen anfangen, den Betrieb zu rationalisieren. Sie müssen eben Verständnis dafür bringen." Der Kollege fährt fort: Zugleich wurde mir aber auch ein Mann aus meiner Kolonne herausgenommen, der nach Ansicht des Meisters übrig wäre. Doch die Leistung soll die gleiche bleiben. So muß ich mir eben unter Rationalisierung Verkürzung des Lohnes und erhöhte Arbeitsleistung vorstellen.

Ein Arbeiter einer Eisenbahnwerkstatt

Die Rationalisierung in unserer Werkstatt begann mit der Entlassung von etwa 500 Arbeitern. Dann wurden die Akkordraten neu geregelt, d. h. herabgesetzt. Und man erreicht es durch nur zu bekannte Methoden. Dieses, trotzdem die alte Leistung erhalten blieb, ja zum Teil darüber hinausging. Um die Rationalisierung vollständig zu machen, hat man nun auch die Fließarbeit eingeführt. Hier ist es schon zu unliebsamen Störungen gekommen; denn die Geschwindigkeit des Bandes ist so festgesetzt, daß Arbeiter oft die festgesetzten Verrichtungen nicht zustande bringen. Trotzdem hat man den Lohn schon zweimal herabgesetzt. So hat man es denn heute erreicht, daß die Herstellungskosten um 50 Prozent heruntergesetzt sind.

*

Eine Arbeiterin

Die Befragte ist Witwe, 40 Jahre alt, hat ein Kind und eine alte Mutter zu unterhalten. Sie ist 13 Jahre in der Glühlampenfabrik O… beschäftigt und hat somit die Rationalisierung am eigenen Leibe verspürt.

Sie hat lange Jahre Handarbeit im Akkord ausgeführt und währenddem immer eine gute und ständige Arbeit gehabt und dabei auch gut verdient. Als durchschnittlichen Wochenverdienst gibt sie 30 Mark an. Seit Einführung der Maschinen wird sie von einer Abteilung in die andere gehetzt, hat wiederholt verkürzt arbeiten und auch aussetzen müssen, und kommt bei intensivster Arbeit selten über 20 Mark. Außerdem bekomme sie als langjährige Arbeiterin so oft vom Meister zu hören, daß, wenn es ihr nicht paßt, sie ja gehen könne. Denn an den Maschinen ist es bedeutend leichter und auch schneller möglich, sich einzuarbeiten. In drei Tagen kann jeder sich an den Maschinen einarbeiten, während bei der Handarbeit es drei bis vier Wochen dauert, bis man voll leistungsfähig ist.

*

Ein Straßenbahner

Vor einigen Tagen kam ich mit einem Straßenbahnschaffner ins Gespräch. Ich erfuhr, daß er seit fast 20 Jahren freigewerkschaftlich organisiert ist, jedoch nicht politisch. Auf meine im Laufe des Gesprächs gestellte Frage: was er sich unter Rationalisierung vorstelle, antwortete er: Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft bis zum Letzten. Wir Straßenbahner merken das am deutlichsten daran, daß wir keine Zeit haben zum Frühstücken. Nach Beendigung jeder Fahrt soll an der Endstation eine vierminutige Pause sein, aber nur wenn der Wagen keine Verspätung hat. In raffinierter Weise ist aber der Fahrplan so ausgeklügelt, daß die geringste Störung unterwegs eine Verspätung herbeiführt. Vor allen Dingen während der Hauptverkehrsstunden bleibt diese Ruhepause ein frommer Wunsch, man ist dann oft gezwungen, will man nicht neun Stunden oder länger hungern, die mitgebrachte Stulle während der Fahrt zu verzehren, hinunterzuschlingen muß es wohl heißen. Von einem Kontrolleur darf man sich aber dabei nicht erwischen lassen, sonst kann man noch obendrein Strafe zahlen. Eine kleine Aenderung im Fahrplan und dieser Zustand wäre behoben. Doch die Direktion erklärte, das sei aus Rücksicht auf das Publikum nicht möglich. In Wirklichkeit ist der Grund der, es müßten vielleicht einige Arbeitskräfte mehr eingestellt werden und unsere Direktion handelt nach dem Grundsatz, mit möglichst wenig Arbeitskräften eine hohe Leistung und damit einen reichlichen Ueberschuß zu erzielen."

*

Ein Lehrling

Ein 18jähriger Lehrling aus kleinbürgerlicher Familie hat in der AEG. selbst Gelegenheit, zu beobachten, wie die Rationalisierung vor sich geht. Er selbst urteilt als Handwerker abfällig darüber, da dadurch seine vier Lehrjahre überflüssig werden. Ebenso denken nach seinen Angaben die meisten Qualitätsarbeiter. Die Frauen sind zum Teil nicht gegen die Rationalisierung, da die Löhne durchschnittlich erhöht werden und die Verantwortung für das Arbeitsstück durch den gleichbleibenden, automatischen Handgriff vermindert wird. Andere sind unzufrieden und erkennen die verstärkte Ausbeutung oder sie murren über eine ihnen nicht zusagende Beschäftigung.

*

Ein Junggeselle

Ein 30jähriger Schlosser, dessen politisch indifferente Eltern ein Kohlengeschäft führen, arbeitet in einem Mittelbetrieb, der Signale, Weichen usw. für die Eisenbahn fabriziert. In diesem Betrieb waren ursprünglich etwa 200 Arbeiter beschäftigt. Davon wurden viele entlassen, weil die Bestellungen jetzt spärlicher einlaufen. Der Betreffende behauptet, nachdem, was er von Rationalisierung gehört hat, daß er niemals solche geisttötende Arbeit leisten, ja lieber Steine karren oder Kohlen tragen würde. Selbst bedeutend erhöhter Verdienst könnte ihn nicht beeinflussen.

(Fortsetzung folgt.)